

## **Der Synodenbeschluss „Kirche und Arbeiterschaft“ – „Schnee von gestern“ oder Anknüpfungspunkt für heutiges pastorales Handeln der Kirche**

Thesenpapier zur Sitzung der Bischöflichen Kommission „Kirche und Arbeiterschaft“  
am 21. November 2013, NBH Herzogenrath, Dr. Michael Schäfers

In einigen Thesen wird im Folgenden der Würzburger Synodenbeschluss „Kirche und Arbeiterschaft“ mit den Fragen konfrontiert, welche Bedeutung er heute (noch) für pastorales Handeln hat bzw. haben könnte und welche Impulse sich hieraus für eine Ethik sozialer Bewegungen und eine Pastoral heute gewinnen lassen, die von einer „Option für die Arbeiterschaft“ getragen wird. Gleichzeitig sollen einige „Denkanregungen“ für mögliche zukünftige Aufgabenstellungen der Bischöflichen Kommission „Kirche und Arbeiterschaft“ im Bistum Aachen in den Blick genommen werden. Zudem werden im Zuge einer notwendigen „Arbeit der Zuspitzung“ einige kritische Hinweise gegeben im Kontext dessen, was derzeit in der Kirche unter den Prozessen bzw. Stichworten „Dialog“ und „Ökumenische Sozialinitiative“ firmiert.

**These 1: Gegenüber dem, was im Synodenbeschluss als soziologische Gruppe „Arbeiterschaft“ gefasst wird und woraus entsprechende pastorale Empfehlungen abgeleitet werden, sind weite Teile der Kirche heute einer „pastoraltheologischen Naivität“ verfallen, die keine „Option für die Arbeiterschaft“ mehr erkennen lässt.**

Der Synodenbeschluss macht den Begriff „Arbeiter“ (vgl. 2.1) an soziologischen und arbeitsrechtlichen Kategorien fest: unselbstständige Arbeit, untergeordnete Position im hierarchischen Gefüge des Betriebs und des Unternehmens, wenig geschützte Tätigkeit (auch im rechtlichen Bereich), niedrige Entlohnung, geringer Ausbildungsstand, geringe Aufstiegschancen (Verfestigung struktureller Entmachtung), von Krisen als erste betroffen durch Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit, Existenzeng und Daseinsunsicherheit (auch der Arbeiterfamilien). Reflexiv weist der Beschluss selbstkritisch darauf hin, dass diese Definition keineswegs abschließend ist, sondern es auch darauf ankommt, „wie er (der Arbeiter, M.S.) sich nämlich mit seinem Denken und Fühlen gesellschaftlich einordnet“. Damit verweist der Synodenbeschluss einerseits auf eine gewisse Unschärfe, andererseits auf die Selbstwahrnehmung der Arbeiterinnen und Arbeiter bzw. der Arbeiterschaft im Kontext der vorherrschenden Macht- und Herrschaftsverhältnisse. Gerade in dieser „Spannung“ gewinnt der Synodenbeschluss eine realistische, in die Tiefe gehende Vorstellung von „Arbeiterschaft“. Das echte Bemühen der Synode, die Lebenslage der Arbeiterschaft zu erfassen und theologisch sowie pastoral zu deuten, ist im gesamten Beschluss an vielen Stellen greifbar. Dies wird deshalb für zentral und wichtig erachtet, da nur so eine zielgruppenspezifische Pastoral für die Gemeinden abgeleitet werden kann. Die soziologisch beschriebene Lage der Arbeiterinnen und Arbeiter ist Ausgangspunkt der Pastoral und für die pastoraltheologische Reflexion, nicht zuletzt auch für politische Forderungen, etwa dem Ausbau der Mitbestimmung in den Betrieben. Der Be-

schluss folgt damit dem grundlegenden Paradigma der Würzburger Synode von „Sehen – Urteilen – Handeln“, wenn dieses auch nicht in allen Beschlusstexten konsequent durchgehalten wird.

Im kirchlichen Kontext wird immer wieder – auch im Rückgriff auf den Synodenbeschluss – die Meinung geäußert, dass es (aufgrund der einschneidenden Veränderungen sowohl hinsichtlich der Arbeitsabläufe in den Betrieben als auch der deutlichen Verbesserung der sozialen und gesellschaftlichen Lage der Arbeiterinnen und Arbeiter) „diese Arbeiterschaft“, die dem Synodenbeschluss zugrunde liege, heute nicht mehr gibt. Eine abgemilderte Variante dieser These ist, dass es sie zwar noch gebe, aber keinesfalls mehr in dem quantitativen Ausmaß wie zu Beginn der 1970er Jahre. Innerhalb der Amtshierarchie selbst findet dies seinen Ausdruck in der Dispergierung der „Lage der Arbeiterschaft“, mit der keine konkrete Auseinandersetzung mehr stattfindet. Deutliches Zeichen dafür ist, dass zur Erforschung der allgemeinen Lage der Kirche Milieustudien in Auftrag gegeben worden sind, in denen die Arbeiterschaft als soziologische Gruppe keinerlei Bedeutung mehr hat. „Tiefenbohrungen“ und kritische Auseinandersetzungen mit konkreten Lebenslagen und Klassenstrukturen, also Macht- und Herrschaftsstrukturen, die den Kapitalismus und die Stellung der Arbeiterschaft weiterhin prägen, entfallen somit. Dies hat weitreichende Folgen und führt zu dem, was ich „pastoraltheologische Naivität“ nenne:

- Milieus und deren Beziehungen untereinander werden als weitgehend macht- und herrschaftsfrei dargestellt und analysiert. Wertüberzeugungen bis hin zum Stil der Wohnungseinrichtung und des Kaufverhaltens stehen im Vordergrund. Konkrete Lebenslagen und soziologische Gruppenmerkmale und damit strukturelle Benachteiligungen lassen sich in Folge nicht identifizieren. Stimmt aber die Analyse nicht oder bleibt sie unter einem gebotenen Niveau, werden die pastoraltheologischen Schlussfolgerungen in die falsche Richtung gelenkt. Sie verfallen der Naivität (und Banalität) eines Milieukonstrukts.
- Das Ausblenden von gesetzten Macht- und Herrschaftsstrukturen leistet einem individualisierten neoliberalen Denken Vorschub, das die Milieudurchlässigkeit und den „Milieuaufstieg“ in erster Linie als Leistung der und des einzelnen begreift. Demgegenüber hat der Synodenbeschluss zum Beispiel eine deutlich andere Richtung eingeschlagen. Die wichtigen und guten Errungenschaften, wie politische Gleichberechtigung der Arbeiterschaft, ihr Anteil an der Wohlstandsmehrung, die gewerkschaftliche Vertretungsmacht und sozialpolitische Errungenschaften (also das, was klassisch als Voraussetzung für den Milieuaufstieg bzw. -wechsel) werden zwar aufgelistet, aber mit wenigen Sätzen anschließend im Text wieder „vom Tisch gefegt“, wenn es heißt: „Dieser Wandel verleitet viele Zeitgenossen zu der Meinung, damit seien die grundlegenden Probleme der Arbeiterschaft gelöst. Nichtsdestotrotz erfahren die Arbeiter, dass sie in unserer Gesellschaft keine gleichberechtigte Stellung einnehmen und nicht die gleiche Achtung genießen wie Angehörige anderer Schichten oder Menschen anderer Herkunft. Sie fühlen sich benachteiligt und diskriminiert.“ (2.2)
- Für die Pastoral nimmt der Synodenbeschluss damit die zentrale Unterscheidung von *Fremd- und Selbstwahrnehmung* auf, die eben zu deutlich anderen Ergebnissen

führt, als dies bei der heute fast ausschließlich vorherrschenden Fremdwahrnehmung von außen der Fall ist. Diese Einseitigkeit der Fremdwahrnehmung führt ebenfalls zu einer „pastoraltheologischen Naivität“ in weiten Teilen der Kirche, zumindest zu einer sträflichen Verengung des Wahrnehmungsfeldes.

- Dies führt in Folge auch zu der Unterstellung innerhalb weiter Teile der Kirche, dass mit der Arbeiterschaft (wenn sie denn überhaupt fremd-wahrgenommen wird) doch soweit alles „okay“ sei, es jedenfalls keiner besonderen Anstrengungen oder etwa einer eigenen „Arbeiterpastoral“ (mehr) bedürfe. (Das Bistum Aachen ist hier ausdrücklich ausgenommen!).

Es sei darauf hingewiesen, welche Bedeutung die Unterscheidung von Fremd- und Selbstwahrnehmung auch für die Kirche selbst beinhaltet. Die historische Reflexion des Synodenbeschlusses zum Versagen der Kirche gegenüber der Arbeiterschaft ist durchweg von dieser Spannung geprägt und sie kommt dann zu den Ergebnissen, die bis heute in der Kirche kräftig „aufstoßen“. Denn eines ist sofort klar: Die Selbstwahrnehmung kann nur durch Personen in den entsprechenden Lebenslagen „selbst“ eingebracht werden, wenn der Anspruch der Authentizität aufrechterhalten werden soll. Gerade insofern greift der sogenannte „Dialogprozess“ in der Kirche nicht nur zu kurz, weil er die Betroffenen mit ihren Leiden und Erfahrungen des Ausschlusses selbst nicht zu Wort kommen lässt, sondern er leistet einer kirchlichen Entpolitisierung und einer „pastoraltheologischen Naivität“ Vorschub, kommen doch bestimmte Probleme und Selbstäußerungen durch diese „Beschränktheit“ erst gar nicht in den Dialog. Dialog lebt von der ggf. angstbesetzten, in jedem Fall auszuhaltenden Eigenart von Fremd- und Selbstwahrnehmung und nur in dieser konfliktiven Spannung kann der Reflexionsort von Kirche und (ihrer) Pastoral gefunden werden – mit den entsprechenden praxistheologischen Schlussfolgerungen, Optionen, Handlungsschritten usw. Der Synodenbeschluss „Kirche und Arbeiterschaft“ macht „theoretisch“ vor und mahnt an, was heute praktisch umgesetzt werden müsste. Deshalb bleibt er ein „Stachel im Fleisch“ kirchlicher Unzulänglichkeit und „Legitimationsort“ für alle, die einen Dialog der angedeuteten Art einfordern und der einseitigen harmonistischen Sichtweise (vgl. 1.4.3) ein Ende setzen wollen.

**These 2: Der Synodenbeschluss „Kirche und Arbeiterschaft“ ist von einem Kirchenbild geprägt, das in einer äußersten Radikalität mit Papst Franziskus heute (wieder) in den Mittelpunkt der Zukunftsdiskussion der Kirche rückt, auch wenn dies in der Amtshierarchie bisher nicht oder nur in Ansätzen reflektiert ist.**

Die Kirche ist bis heute in ihrer soziologischen Struktur eine Kirche ohne Arbeiterschaft (im Sinne der soziologischen Annäherung des Synodenbeschlusses - siehe oben). Bis heute gilt: „Die Entfremdung der Arbeiter von der Kirche ist ein Faktum.“ (3.3.1) Der „fortwirkende Skandal“ (1.) besteht heute darin, dass innerhalb unserer Mittelschichtskirche mit ihrer „bürgerlichen Religion“ das Fehlen der Arbeiterschaft gar nicht wahrgenommen wird. Dies korrespondiert mit der „Gemeinde als soziologischer Raum“ (3.4.4.4), der Arbeiterinnen und Arbeiter „entleert“ ist. Dies gilt zumindest als generelle Tendenz, denn selbst da, wo Ausnahmen bestehen, werden kirchliche „Orte der Arbei-

terschaft“ eher als randständig, exotisch, fremd (wenngleich in der allgemeinen Beurteilung oftmals als durchaus nötig), zumindest als Sonderbereich wahrgenommen, was sich auch in besonderen kirchlichen Beauftragungen und Sonderstellung der dort Engagierten niederschlägt. Die Arbeiterschaft jedenfalls in die Mitte der Gemeinden zu holen bzw. das gemeindliche Leben an den Spezifika der Arbeiterschaft (hier verweist z.B. der Synodenbeschluss auf das der Arbeiterschaft eigene praktische Tun) auszurichten, ist aus verschiedenen Gründen nicht gelungen, ja konnte nicht gelingen. Dies hätte nur gelingen können und kann heute nur gelingen, wenn es eine „Bekehrung“ der Kirche zur Arbeiterschaft gibt und nicht „Sonderdistrikte“ geschaffen werden. Die festgefahrene Situation mag man bemängeln, aber derzeit kommt vieles in Bewegung, werden festgefahrene „Aggregatzustände“ der Kirche in Frage gestellt – fundamental. Die katholische Kirche wird (vereinfacht) durch zwei Diskurse herausgefordert:

- In der Öffentlichkeit wird ausgelöst durch die Ereignisse im Bistum Limburg eine breite Diskussion über die Stellung der Deutschen Kirchen – insbesondere der katholischen – als „Körperschaft des öffentlichen Rechts“ geführt, mit sich aus dieser Rechtsform ergebenden Privilegien sowohl privatrechtlich als öffentlich-rechtlich handeln zu können. Diese Diskussion verbindet sich mit einer kritischen Aufarbeitung der staatsrechtlichen Regelungen in Folge des Reichsdeputationshauptschlusses von 1803. Die institutionell verfasste Form der katholischen Kirche gerät damit ins „Visier“. Dies ist eine Auseinandersetzung, die sozusagen „von außen“ an die Kirche herangetragen wird, wenngleich der Katalysator das Finanzgebaren der Kirche selbst ist.
- Die „von innen“, aus der Kirche selbst kommende Diskussion wird durch das (symbolische) Handeln des Papstes (etwa sein Besuch in Lampedusa) und der Aufforderung, eine Kirche zu werden, die an die Ränder geht, ausgelöst. Seine immer wieder angemahnte „Option für die Armen und Verwundeten“ deutet zumindest eine deutliche Relativierung kirchlichen-dogmatischer Fragen hin zu einer „pastoralen Offensive“ kirchlichen Handelns an. Ob von einer fundamentalen „pastoralen Wende“ gesprochen werden kann, die die gesamte Kirche durchdringt, muss abgewartet werden. Um ein neues Kirchenbild handelt es sich jedenfalls aus historischer Sicht nicht, sondern um eine deutliche Priorisierung der Aussagen des II. Vatikanischen Konzils, die ja ihrerseits deutlich - etwa in der Volk-Gottes-Theologie - in die Richtung einer anderen, sich an dem konkreten Leben der Menschen ausrichtenden Kirche und kirchlichen Lehre verweisen.

Jedenfalls ist bei aller abzuwartenden Entwicklung deutlich, dass der Papst ein optionales Kirchenbild in den Vordergrund stellt, nämlich das Bild einer Kirche und ein in all seinen Facetten durchdrungenes pastorales Handeln, das sich an den mundtot gemachten, benachteiligten, ausgeschlossenen und leidenden Menschen unterschiedslos festmacht. Das ist eine Wende, die jedenfalls das Bild der landläufigen Kirche hierzulande infrage stellt, einer Kirche, die sich im Hinblick auf die „Zeichen der Zeit“ als Institution der Politikberatung in der Öffentlichkeit präsentiert. Auch die aktuelle „Ökumenische Sozialinitiative“ folgt – wie nach den vorausgegangenen Papieren nicht anders zu erwarten – diesem Muster einer Kirche, die nicht offensiv die „Option für die Armen und Ver-

wundeten“ auf die Tagesordnung setzt, sondern sich abwägend und empfehlend in erster Linie an die politisch Verantwortlichen wendet. Dieses Muster hat in den letzten beiden Jahrzehnten in den beiden großen Kirchen Schule gemacht und dürfte auch gegenüber den beiden benannten, die Kirche herausfordernden Diskurse ein großes Beharrungsvermögen an den Tag legen.

Dies führt dann zu oberflächlichen Zustimmungen für politische Entwicklungen, wenn etwa die sogenannten „Hartz-IV-Gesetze“ und sozialen Einschnitte als notwendig und quasi von der Entwicklung gefordert, als alternativlos bewertet werden. Auch hier fehlt es an der notwendigen Spannung von Selbst- und Fremdwahrnehmung als notwendiges Korrektiv, aber nicht nur das. Die Rolle der Kirchen selbst und ihrer Argumentationsweisen und -muster wird unhinterfragt vorausgesetzt. Eine wie noch im Synodenbeschluss „Kirche und Arbeiterschaft“ eingeforderte „Gewissenserforschung“ zu Standpunkt und Versagen der Kirche selbst, findet nicht statt, ja kommt nicht einmal in den Sinn, geschweige denn eine „Ideologiekritik“, die seitens der Soziallehre der Kirche und ihrer zentralen Forderungen von Gerechtigkeit und Solidarität geboten wäre.

Zudem fehlt der Wille, Sachverhalte zu durchdringen und so Profil zu gewinnen. Der Synodenbeschluss ist durchtränkt davon, mehr von der Arbeiterschaft und ihren Lebenslagen wirklich verstehen zu wollen. Heute herrscht die Argumentation des „sowohl-als-auch“ vor, wodurch die Kirchen ihre eigene Standortlosigkeit unterstreichen und gleichzeitig die allgemeine Ratlosigkeit potenzieren. Nicht zuletzt bestätigt die Kirche das im Synodenbeschluss festgehaltene „Vorurteil“ der Arbeiterschaft, die Kirche halte es mit den Mächtigen, in dem sie vorschnell gut heißt, was die Mächtigen beschlossen haben.

Die „Standortlosigkeit“ der Kirche wird damit gerechtfertigt, dass sie für alle da sein müsse, niemanden ausschließen dürfe, ihr Standort und Kirchenbild sich nicht von einer ausgewählten soziologischen Einzelgruppe (Arbeiterschaft) her entwerfen könne usw. Diese Argumentationsmuster sind sehr beständig, begegnen sie uns doch bereits in der heftigen Kontroverse, die um den Synodenbeschluss „Kirche und Arbeiterschaft“ bereits damals einsetzte und in der Grundsatzdiskussion der Synode über die „Volkskirche“ und „Freiwilligkeits-“ oder „Entscheidungskirche“. Dass die Kirche ihren Standort aus der Deutung der „Zeichen der Zeit“ heraus gewinnen muss, indem sie die biblische Botschaft angesichts der Ungerechtigkeiten dieser Welt deutet, auslegt und verkündet, und dass sie in diesem Prozess eindeutig für die Armen und Verwundeten Partei ergreifen muss, ja sich in diesem ständigen Bemühen geradezu „verschleifen“ muss, diese - zugestandenmaßen - brisante Diskussion wurde all zu lange in den Hintergrund gedrängt, gewinnt aber heute neue Aktualität. Denn unleugbar ist eines der „Zeichen unserer Zeit“ die zunehmende soziale Polarisierung, von der schon der Synodenbeschluss bereits sprach und festhielt: „Sie (die Polarität, M.S.) scharf anzusprechen, gehört zu dem Versuch, taugliche Lösungen zu finden, die die Übel von der Wurzel her überwinden.“ (2.2) Papst Franziskus greift genau diese Polarität auf, wenn er von „Rändern“ spricht, denn wo es Ränder gibt, gibt es auch eine „Mitte“, anders ausgedrückt: gibt es Zentrum und Peripherie - eine Unterscheidung der Befreiungstheologie.

Jedenfalls scheint mir die Radikalität – das an die Wurzeln gehende – der päpstlichen Vorstellungen einer Kirche und Pastoral an den Rändern noch gar nicht genügend – auch in amtskirchlichen Kreisen - als Herausforderung erfasst zu sein, ebenso wie die Vorstellung von einer armen und dienenden Kirche, die sich jedenfalls der „verbürgerlichten Kirche“ (P.M. Zulehner) hierzulande als „Kairos“ entgegenstellt.

Es könnte die Situation einer Ungleichzeitigkeit eintreten, die höchst spannend wäre: Die beiden großen Kirchen in Deutschland veröffentlichen das Papier der „Ökumenischen Sozialinitiative“, ein Papier, das keinem Wohl und Wehe will, eben ein „Politikberatungspapier“, und gleichzeitig „treibt“ der Papst die Kirche weiter an die Ränder, an die Seite der Opfer, die auch durch die „Globalisierung der Gleichgültigkeit“ eben zu diesen Opfern gemacht wurden und werden. Diese Spannung dann offensichtlich und öffentlich zu machen, dann die „Arbeit der Zuspitzung“ zu betreiben, und die Frage der Zukunft unserer Kirche auf die Tagesordnung zu setzen, könnte wie ein „reinigendes Gewitter“ wirken, was Kardinal Lehmann dem Beschluss „Kirche und Arbeiterschaft“ in der damaligen Diskussion auf der Synode attestiert hat. Denn eines scheint mir jedenfalls klar zu sein: Kommt das Papier, wird es diesmal in der Öffentlichkeit nicht nur um die Positionen und Inhalte gehen, sondern um die Rolle und Verstrickung der Kirchen selbst in die von ihnen angesprochenen Prozesse. Dafür wird allein schon die durch die Limburger Ereignisse ausgelöste öffentliche Diskussion sorgen. Beide Diskussionen werden „Radikalität“, an die Wurzeln gehend Anforderungen und Zumutungen an die Kirchen stellen. Das dürfte spannend werden...

**These 3: Der Synodenbeschluss „Kirche und Arbeiterschaft“ bedarf heute einer Aktualisierung und Fortschreibung. Hier liegt eine zentrale Aufgabe für eine Kommission „Kirche und Arbeiterschaft“ und für die Kirche heute.**

Hierzu möchte ich einige ausgewählte Denkanstöße und Hinweise geben, auch zur Kommissionsarbeit.

Der erste Hinweis lautet: *Weiter so*. Mit der Methodik und dem Papier „Impulse für mehr soziale Gerechtigkeit – Dialogprozess der Bischöflichen Kommission Kirche und Arbeiterschaft 2009 – 2012“ hat die Kommission Maßstäbe gesetzt, Betroffene zu Wort kommen lassen, Vernetzung geschaffen, Handeln provoziert und vieles mehr. Und sie haben Position bezogen, Positionen, die eindeutig sind, politisierend, ja auch für viele anstößig in unserer Kirche. Das ist gut so, denn das Schlimmste wäre, dass die Kirche sanft einschläft... Es kann ein spannender Prozess werden, wenn Sie diese Aussagen und die Ergebnisse des Prozesses mit dem angekündigten Papier der „Ökumenischen Sozialinitiative“ konfrontieren. Das kann ich nur empfehlen, damit auch die andere, optionale Kirche sichtbar wird. Ich möchte Mut zusprechen, dies in aller Offenheit anzugehen. Im Papier „Impulse für mehr soziale Gerechtigkeit“ heißt es u.a.: „Die politischen Entwicklungen seit 2005 haben unter dem Begriff der ‚Hartz-Reformen‘ den herkömmlichen Sozialstaat nicht auf die neuen Herausforderungen unterbrochener Erwerbsbiografien, brüchiger Partnerschaften und von Armut bedrohter Haushalte mit Kindern umgestellt, sondern in erster Linie die solidarischen Sicherungssysteme zugunsten privater Vorsor-

ge deformiert und den Sozialstaat tendenziell in einen Wettbewerbsstaat gewandelt.“ (ebenda, S. 17) Oder die Unterstützung für ein garantiertes Grundeinkommen. Man muss kein Prophet sein, um bereits jetzt aufgrund der vorausgehenden Verlautbarungen und Pressemitteilungen im Vorfeld zu prognostizieren, dass das angekündigte Papier dies (völlig) anders sehen wird. Und eine Sozialstaatsdebatte haben wir angesichts der zunehmenden sozialen Spaltung in unserer Gesellschaft dringend nötig. Also: Weiter so und Farbe bekennen.

Aktualisieren und Fortschreiben des Synodenbeschlusses „Kirche und Arbeiterschaft“ heißt auch, weiterhin *Aufklärungsarbeit* zu leisten, insbesondere der These entgegenzutreten, es gebe aufgrund der vielen positiven Entwicklungen die Arbeiterschaft ja gar nicht mehr. Der Begriff mag heute nicht mehr den „Zeitgeist“ treffen, aber die Prekariisierung der Arbeit und der damit verbundenen Folgen für die arbeitenden Menschen schreitet voran. Die im Synodenbeschluss angeführten soziologischen Merkmale sind heute aktueller denn je. Dringend geboten ist dabei heute eine internationale Perspektive. Dies muss die Antwort sein auf die Internationalisierung der kapitalistischen Verwertungsprozesse menschlicher Arbeit mit nur einem Ziel, sich kapitalseitig den Mehrwert und den Profit anzueignen. Eine der (grausamen) Folgen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise ist, dass der Faktor „Arbeit“, nachdem die Finanzprodukte (zwischenzeitlich) nicht mehr die horrenden Zuwächse und Profite erbrachten, verstärkt in den Focus von Ausbeutungsmechanismen geraten ist. Was der Soziologe Klaus Dörre als „kapitalistische Landnahme“ bezeichnet, endet hier aber nicht, sondern die Strategien der Profitabilisierung richten sich nun schonungslos auf die unmittelbaren Lebensräume der Menschen. Steigende Mieten sind hierfür nur ein untrügliches Anzeichen. An dieser Stelle brauche ich dies nicht weiter auszuführen. Jedenfalls tritt die „Ökonomisierung aller Lebensbereiche“ in eine Phase der Zuspitzung. Das, was die Würzburger Synode als „Arbeiterschaft“ bezeichnete, ist also keine verschwindende Gruppe oder Größe, sondern – soziologisch modern würden wir heute sagen – ein „Lebenslagensetting“, das im Vormarsch begriffen ist, gerade unter einer internationalen Perspektive. Und dank einer kritischen Öffentlichkeit liegen die Zusammenhänge bis in unser aller Lebensalltag deutlich zu Tage: Wenn in Bangladesch Militär und Polizei und private Sicherheitskräfte die Textilarbeiterinnen und Textilarbeiter zusammenknüppeln, dann tun sie dies auch, damit wir weiter hier in Deutschland billige Textilien kaufen können. Diese Zusammenhänge müssen wir heute unter einem aktualisierten Vorzeichen der „Option für die Arbeiterschaft“ im Kontext der kapitalistischen Produktion von Waren und Dienstleistungen skandalisieren. Der „fortwirkende Skandal“ ist dann heute (vielleicht) nicht mehr vorrangig die Entfremdung von Kirche und Arbeiterschaft, sondern der Trennung von Arbeit und Menschenwürde, die Dichotomie von „Profiten im Zentrum“ und „Ausbeutung der Peripherie“.

Im kirchlichen Kontext findet eine Deutung und *Strukturanalyse* nur in Ansätzen statt. Noch ärgerlicher wird die Sache, wenn selbst meine „progressiven Kollegen“ Analysen übernehmen und verbreiten, etwa dass die menschliche Arbeit nun näher und unmittel-

barer in das Marktgeschehen eingebunden würde, also der Wettbewerbs- und Konkurrenzdruck des Marktes an die Arbeitnehmer/-innen unmittelbar „durchgereicht“ werde, eine weit verbreitete „Analyse“ und eine völlige Verkennung von Tatsachen. Denn 60 Prozent des weltweiten Handels von Waren und Dienstleistungen findet innerhalb von (Groß-)Konzernstrukturen, den „global player“ statt – mit den entsprechenden internen „Verrechnungen“, um Steuer zu sparen. Diese halten bekanntlich von Markt und Konkurrenz gar nichts, sondern bilden temporäre und strukturelle Kartelle, um den Weltmarkt zu beherrschen und unter sich aufzuteilen. Von Marktdruck und „Durchreichen“ an die arbeitenden Menschen kann da nicht die Rede sein, sondern es sind schlicht die Macht- und Herrschaftsstrukturen des Kapitals und derjenigen, die in diesen Konzernen diese Strukturen machen und besetzen, die die Ausbeutung vorantreiben und den Druck erzeugen. Das ärgerliche an der falschen Analyse ist, dass so nicht erkennbar wird, wo die Grundübel liegen und wie sich die sozialen Bewegungen aufstellen müssen, um für Gerechtigkeit zu kämpfen, vor allem gegen wen. Den Markt kann man nicht bekämpfen, da er ein schlichtes „Abstraktum“ ist, Konzerne und ihre Macht- und Herrschaftsstrukturen schon, denn die sind „hardware“, sie haben ein Gesicht und Verantwortliche und da lassen sich Mittel und Wege finden, um den Unrechtsstrukturen beizukommen.

Theoriearbeit ist oft mühsam, aber für soziale Bewegungen und Menschen, die Veränderung wollen, ist sie unerlässlich, da sonst die Ziele und die Adressaten der zu führenden Auseinandersetzungen falsch angegangen werden. Hier sehe ich weiterhin auch eine große Aufgabe für die Kommission „Kirche und Arbeiterschaft“. Ohne Aufklärungsarbeit im Zeitalter der politischen Verdummung geht nichts. Und hier wäre ein großes Aufgabenfeld für die Kirche insgesamt, endlich wieder den Drang des Beschlusses „Kirche und Arbeiterschaft“ aufzunehmen, zu verstehen, zu durchdringen, „Tiefenbohrungen“ zu machen und sich nicht mit der Oberfläche zufrieden zu geben. Die Verlautbarungen der katholischen Bischöfe zu sozialen Fragen sind auch deshalb so harmlos, da der Drang zum Verstehen fehlt. Man sucht in der Mitte, im mainstream, nicht an den Rändern. Nochmals: Ohne Aufklärungsarbeit im Zeitalter der politischen Verdummung geht nichts.

Und ein weiterer Punkt scheint mir ausgehend vom Beschluss „Kirche und Arbeiterschaft“ heute dringend zu sein, nämlich die Frage, *wie ein wirklicher Dialog konzipiert sein müsste* und wie dieser auch organisatorisch durchzuhalten wäre, in dem Sinne, dass die Kirche sich als Sprachrohr und Plattform für diejenigen versteht, die in unserer Gesellschaft mundtot gemacht werden und denen man nichts mehr zutraut, die an die Ränder gedrängt werden und die sich dort in ihrer sozialen Situation verfestigen? Bisher scheint mir das Vorgehen des sogenannten „Dialogprozesses“ monologisch ausgerichtet, nämlich als Beratung zwischen Funktionären (unterschiedlicher kirchlicher Organisationen) und Teilen der Amtskirche. Dass ich richtig verstanden werde: Auch diese Beratungen haben eine bestimmte Funktion, die darin liegt, dass die Stimmen der organisierten Katholikinnen und Katholiken eingebracht werden können. Dieses Verfahren ist Teil einer repräsentativen Verfahrensweise der Meinungsäußerung und damit bedeutsam für den innerkirchlichen Dialog. Aber es kommt eben nur ein bestimmter Ausschnitt, ein



eingeschränktes Meinungsspektrum aus unserer Gesellschaft zu Wort. Zumindest ist durch dieses Verfahren ein deutlicher Überhang der innerkirchlichen Selbstwahrnehmung gegeben, aber noch keine Fremdwahrnehmung.

Gleichzeitig müssen wir aber eingestehen, dass ein Prozess, der gerade diejenigen in den Mittelpunkt stellt, die ausgegrenzt werden, nur in Ansätzen erkennbar ist. Grundlegende Überlegungen dazu gibt es bisher nicht, geschweige denn ein Konzept. Seitens der kirchlichen Hierarchie ist die Vorstellung eines Dialog durch Verfahren der verfassten Politik geprägt, die weithin mit dem Begriff „Anhörungsverfahren“ gekennzeichnet werden kann. Die endgültigen Entscheidungen treffen dann andere, eben „Mitsprache“ und nicht „Mitbestimmung“ bzw. „Mitentscheidung“. Der Synodenbeschluss „Kirche und Arbeiterschaft“ setzt als Kommunikationsplattform zur Arbeiterschaft sehr stark auf die Gemeinden, die sich öffnen und entsprechend reformieren sollen. Sind unsere Gemeinden heute in der Lage, Orte von Basisprozessen zu sein, in denen die Spannung von Selbst- und Fremdwahrnehmung produktiv zur Schaffung von mehr Gerechtigkeit und Solidarität und für eine „Option für die Armen und Verwundeten“ aufgebaut und dialogisch genutzt werden kann? Schon der Synodenbeschluss „Kirche und Arbeiterschaft“ stellt hier hinsichtlich der Integration der Arbeiterschaft *in* die Gemeinden hohe Anforderungen, die m.E. – bis auf wenige Ausnahmen – auf breiter Ebene gescheitert sind. Wo sind also die Orte innerhalb der Kirche *und* im öffentlichen Raum, in denen ein offener, herrschaftsfreier Dialog ansetzen könnte? Mit dem Dialogprozess für soziale Gerechtigkeit verfügt das Bistum Aachen und die Kommission „Kirche und Arbeiterschaft“ hier über viele Erfahrungen, die stärker gesamtkirchlich fruchtbar gemacht werden müssten. Angesichts der Zersplitterung der katholischen Kirche in einzelne Bistümer ist dies eine große Herausforderung. Jedenfalls scheint es mir lohnenswert, sich mit einem Konzept zu einem echten Dialogprozess auseinanderzusetzen und „Modelle“ praktisch (weiterhin) zu wagen, die auch die „Sprachlastigkeit“ überwinden und wieder das hinsichtlich der Arbeiterschaft durch den Synodenbeschluss angemahnte praktische Tun in den Vordergrund zu rücken. Es gibt viele Ausdrucksformen; in der Kirche wird „sprachfixiert“. Ich werbe darum, auch die Gemeinden – wie der Synodenbeschluss „Kirche und Arbeiterschaft“ – mit ihren Schwächen, aber auch ihren Stärken im Blick zu behalten, und sie nicht vorschnell abzuschreiben. Denn nicht zuletzt sind die Gemeinden durch die weitgehend von oben verordneten Strukturreformen in Form von Zusammenlegungen und Fusionen „gezwungene Akteure“ eines Kirchenbildes, das einer priesterzentrierten (sakramentalen) Versorgung folgt. Das könnte auch anders sein und wie sich die Gemeinden zukünftig auf diese Situation einstellen werden, scheint mir noch gar nicht ausgemacht zu sein, da bereits jetzt in vielen Bereichen der gemeindlichen Entwicklung ein Trend erkennbar ist, sich der Vormundschaft der kirchlichen Vorgaben zu entziehen und diese – offen oder rudimentär – zu unterlaufen. Der Pastoraltheologen Rainer Bucher hat zutreffend zur Zukunftsfrage festgestellt: „Die Zukunft wird nicht das sein, was wir heute geplant haben. Was wir heute planen, wird die Zukunft mitbestimmen, aber wie, wissen wir nicht.“ (R. Bucher, ... wenn nichts bleibt, wie es war. Zur prekären Zukunft der katholischen Kirche, Würzburg 2012, S. 23)

Zu fragen wäre auch, welche Rolle die katholischen Verbände in einem echten Dialogprozess einnehmen, ja wie sie diesen mitinitiieren und vorantreiben können? Der Synodenbeschluss „Kirche und Arbeiterschaft“ legt einen sehr starken Akzent auf den Versorgungsbereich durch Unterstützung und Beratung, gleichwohl wird die politische Funktion der Verbände betont. Mir ist klar, dass die Verbände aufgrund notwendiger Selbstorganisationsprozesse sehr stark besetzt sind, aber die Synode hat den Verbänden nicht nur zugewiesen, caritative und arbeitsrechtliche Dienstleistungsunternehmen zu werden, sondern hat ihnen eine dezidierte pastorale Aufgabe ebenso zugeschrieben. Heute müsste m. E. die Frage nach Strukturveränderungen und eine Aktualisierung der „kämpferischen Selbsthilfe“ in den Mittelpunkt gestellt werden, was nicht anderes bedeutet, als dass die Verbände ihre politische Funktion zum Ausgangspunkt von Reformprozessen machen müssten. Diese Reformprozesse dürften nicht ausschließlich um der Verbände willen angegangen werden, sonst bleiben sie reiner Selbstzweck, sondern sie müssten „Suchbewegungen an den Rändern“ sein. Dem Synodenbeschluss schwebt hier vor allem eine konzertierte Aktion von Gemeinden und katholischen Arbeitnehmerorganisationen zur Gründung aktiver Gruppen katholische Arbeiter/-innen vor, „ob diese in einer katholischen Arbeitnehmerorganisation sind oder nicht“ (3.2.2). Das ist der deutliche Hinweis über eine binnenkirchliche Orientierung hinauszugehen und alle Arbeiterinnen und Arbeiter in den Blick zu nehmen, nicht nur die katholischen. Heute scheint dies weiterhin eine gute, aber offensichtlich zu enge Perspektive zu sein, insbesondere dann, wenn die Anschlussfähigkeit an die Gemeinden fehlt. Der Soziologe Michael N. Ebertz hat die Verbände als angesiedelt in den „Zwischenräume(n) innerkirchlicher und außerkirchlicher Art“ (M.N. Ebertz, Kirche im Gegenwind. Zum Umbruch der religiösen Landschaft, Freiburg 1997, S. 142) situiert und als prädestiniert für eine „Kommunikationspastoral“ herausgestellt: „Kommunikationspastoral bietet (...) Möglichkeiten, zu nehmen und auch zu geben, zu kommen und zu gehen und auch wiederzukommen, ja sogar dauerhaftes Engagement und verbindliche Gemeinschaft zu begründen.“ (ebenda, S. 143) „Suchbewegungen an den Rändern“ seitens der Verbände könnten das versuchen, auch auf die Gefahr des Scheiterns hin. Hier läge m. E. jedenfalls eine große Chance, dass in weiten Teilen der Verbände verbreitete innerkirchliche „Cocooning“ zu durchschneiden. Dass dies bereits an vielen Stellen geschieht, ist ein Hoffnungszeichen.

Im Synodenbeschluss „Kirche und Arbeiterschaft“ findet sich der Satz: „Solange der Mensch überhaupt Fragen stellt, ist die Frage nach dem Sinn des Lebens nicht erloschen.“ (3.2.2) Fragen zu stellen, ist der erste Schritt zur Auseinandersetzung mit sich selbst und den anderen, zu Einsicht und Erkenntnis, zur Veränderung. Der Synodenbeschluss hat dies in bis heute einzigartiger Weise „fragend“ getan, dabei offen benannt, wo das Versagen der Kirche lag und bis heute liegt. Ein „Zeichen unserer Zeit“ ist eine große Suchbewegung nach dem, was sinnvoll für uns und andere sein kann und wie ein solidarisches und gerechtes Zusammenleben der Menschen aussehen sollte. Das ist heute Ausdruck einer großen Suchbewegung danach, wie wir Zukunft gewinnen können

und was die Alternativen zum Bestehenden sind. Wir befinden uns alle dabei in einem „Zwischenraum“, denn die alten Ideologien von Fortschritt und Wachstum tragen nicht mehr. Das wissen wir, aber oft wollen wir es nicht wahrhaben. Angesichts dessen gibt es einen großen Hunger nach Gerechtigkeit, nach einer Zukunftsvision, auch einer anderen Kirche. Von diesen „Zeichen der Zeit“ sind die gesamten Beschlüsse der Würzburger Synode durchsetzt. Die Theologie Dorothee Sölle hat dazu geschrieben: „Ohne die Armen zu hören, können wir keine Vision entwickeln. Die Erste Welt allein ist unfähig, zu einer Zukunftsvision zu kommen, die die Armen ernst nimmt. Die herrschenden Zukunftsvorstellungen verdienen den Namen ‚Vision‘ nicht, weil sie eben das prophetische, auf Gerechtigkeit bezogene Element nicht besitzen, sie gründen sich auf die Ausgrenzung und Unsichtbarmachung der Armen, sowohl in der Dritten Welt wie – zunehmend – innerhalb der reichen Welt selbst. (...) Die Vision des kapitalistischen Systems ist immer noch dieselbe: Die Armen müssen ärmer werden, damit die Reichen reicher werden können. Diese Vision ist ein Projekt des Todes (...). Die Reichen zerstören nicht nur die Menschenwürde der Armen, sondern auch ihre eigene.“ (D. Sölle, Ein Volk ohne Vision geht zugrunde, Stuttgart 2009, S. 36, 37, 46) Papst Franziskus verweist mit der Anklage der „Globalisierung der Gleichgültigkeit“ genau auf diese „Selbst-Zerstörung“ der Menschenwürde.

Der Synodenbeschluss „Kirche und Arbeiterschaft“ hat mit seinem „Suchauftrag“ nach der Arbeiterschaft der Kirche den Pfad an die Ränder als gesamtkirchlichen Auftrag gewiesen. Auch heute liegen dort die Schätze einer prophetischen Kirche, die dem jesuanischen Handeln treu bleibt, den verwundeten Menschen an den Rändern das Reich Gottes zu verkünden und ihnen Heil widerfahren zu lassen. Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.